

Großflächige Klimaschutz-Maßnahmen an Gemeindebauten

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen der Grünen, SPÖ, FPÖ, ÖVP und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2019 gemäß §24 GO BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, Kathrin Gaál als zuständige Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen zu ersuchen, Wiener Wohnen zur Durchführung von umfassenden Begrünungsmaßnahmen (Fassaden, Dächer, Höfe, etc.) an Gemeindebauten in Mariahilf zu bewegen sowie die flächendeckende Außenanbringung von Jalousien, Markisen, u.ä. zu überprüfen und nach Möglichkeit umzusetzen.

Begründung

Maßnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels sind vor allem im dichtverbauten städtischen Gebiet dringend notwendig. Flächendeckende Begrünungen sind ein wichtiges Mittel, um Städte abzukühlen, das Mikroklima zu verbessern und Hitzeinseln zu entschärfen.

In Mariahilf befinden sich auf weniger als 1,5 Quadratkilometern mehr als 35 Gemeindebauten. Deren großflächige Außenbegrünung sowie weitere Begrünungsmaßnahmen in Höfen, an Begrenzungsmauern, etc. wäre ein bedeutender Beitrag, um o.a. Verbesserungen zu erreichen und auch die Bewohner und Bewohnerinnen der Gemeindebauten vor den Auswirkungen der Hitzesommer besser zu schützen.

Weiters würden Außenjalousien oder -markisen helfen, Wohnungen in den Gemeindebauten zusätzlich kühler zu halten.

Nachdem die Stadt Wien aktuell eine „Verschattungsoffensive“ startet, kann hier mit einer Vorbildwirkung zur Bewusstseinsbildung intensiv beigetragen und darüber hinaus gezeigt werden, dass es wirksame Alternativen zu umweltbelastenden Klimageräten gibt.

Öffnungszeiten WC-Anlage

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen der ÖVP, Grünen, SPÖ, FPÖ und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2019 gemäß §24 GO BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 48) zu ersuchen, zu prüfen, ob die Öffnungszeiten der öffentlichen WC-Anlage im Bereich Bundesländerplatz / Mariahilfer Straße ausgeweitet werden können.

Begründung

In unmittelbarer Nähe befindet sich ein Würstelstand, der auch in den Morgen- und Abendstunden sehr stark frequentiert wird. Durch eine Ausweitung der Öffnungszeiten am Morgen und am Abend könnten Verunreinigungen in der Umgebung hintangehalten bzw. reduziert werden.

Anhang



Karl Gödde

Einbeziehung Christian-Broda-Platz in das Projekt „Coole Straßen“

Die Grüne Alternative Mariahilf und die SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2019 gemäß §24 GO BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46, MA 28, u.a.) zu beauftragen, den Christian-Broda-Platz auf seine Eignung als Örtlichkeit zur Umsetzung des Projekts „Coole Straßen“ 2020 bzw. „Coole Straßen plus“ zu überprüfen.

Begründung

Als Akutmaßnahme gegen die sommerliche Überhitzung im dichtbebauten Stadtgebiet wurde 2019 das Pilotprojekt „Coole Straßen“ in drei Bezirken umgesetzt. Als Grundlage für die Standortauswahl diente die Hitzekarte der Stadt Wien. Die Hitzekarte dient zur Identifikation von Hitze-Hotspots während der Sommermonate. Darüber hinaus bildet sie ab, in welchen Bereichen es einerseits einen geringen öffentlichen Grünanteil gibt und andererseits viele Kinder & ältere Menschen leben – zwei Bevölkerungsgruppen, die von der sommerlichen Überhitzung besonders betroffen sind.

Das Projekt „Coole Straßen“ wird 2020 wiederholt und ausgeweitet.

Örtlichkeiten werden dabei als Coole Straßen plus umgestaltet:

Ziel ist die Schaffung von neuen, qualitätsvollen Aufenthaltsflächen, die neben spürbaren Kühleffekten (Wasser, Schatten) auch den stadtgestalterischen Klimakriterien der Stadt Wien (Begrünung, helle Pflasterung, zusätzliche Versickerungs- und Verdunstungsflächen) beinhalten.

In Mariahilf hat der Christian-Broda-Platz einen hohen Bedarf an Maßnahmen gegen Überhitzung. Die Folgen der Klimakrise und der globalen Erderwärmung sind hier deutlich spürbar und eine große Belastung für Anrainer*innen und Nutzer*innen des Platzes.

Eine Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen des Projekts ist daher an dieser Örtlichkeit wünschenswert.

Potenzialanalyse Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2019 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 18) zu ersuchen, eine umfassende Potenzialanalyse im Bereich der gesamten Gumpendorfer Straße, als Grundlage für ein BürgerInnenbeteiligungsverfahren zur Entwicklung eines neuen Nutzungs- und Gestaltungskonzepts, zu erarbeiten.

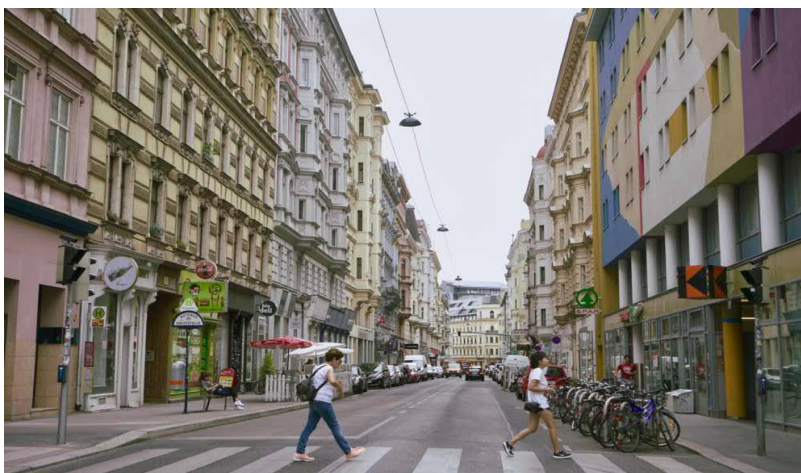
Begründung

Die 2,4 Kilometer lange Gumpendorfer Straße verläuft durch den gesamten Bezirk und zeigt sich als lebendiger urbaner Lebensraum mit vielfältiger Nutzung. Vielen AnrainerInnen und Geschäftstreibenden ist die Gumpendorfer Straße und deren Zukunft ein großes Anliegen. Sie sehen, dass diese wichtige Bezirksstraße Potentiale hat und wünschen sich den öffentlichen Raum weiterzuentwickeln.

Rund um die Gumpendorfer Straße hat sich in den letzten Jahren vieles verändert. Die Mariahilfer Straße wurde zur Begegnungs- und Fußgängerzone. Mollardgasse und weitere Nebenstraßen gestaltete der Bezirk um. Ebenso wird die verlängerte U2 Veränderungen bringen. Die Verkehrsströme haben sich genauso wie die Form der Mobilität geändert. Zudem muss die Gumpendorfer Straße in den kommenden Jahren in vielen Bereichen saniert werden und bedarf eines Konzepts.

Die Lebensader des Bezirks steht somit vor neuen Herausforderungen, die aber auch Chancen eröffnet. Diese wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Eine Potenzialanalyse soll die dafür notwendige Basis schaffen.

Anhang



BürgerInnenbeteiligung „Zukunft der Gumpendorfer Straße“

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2019 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

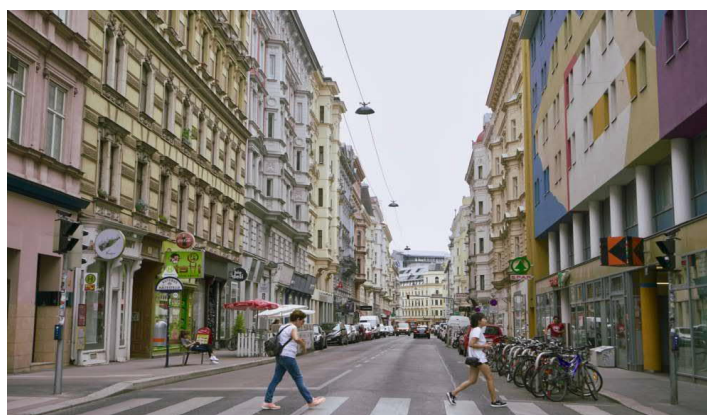
Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 53) zu ersuchen, die Entwicklung eines geeigneten Beteiligungsprozesses (BürgerInnenbeteiligung) sowie dessen Durchführung, mit allen relevanten Dialoggruppen (BewohnerInnen, SchülerInnen, Geschäftstreibende, Organisationen, uäm.), zur Erarbeitung eines neuen Nutzungs- und Gestaltungskonzepts für den gesamten Bereich der Gumpendorfer Straße, unter Einbeziehung und Mitwirkung des Bezirksvorstehers Markus Rumelhart und der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu beauftragen.

Begründung

Ziel soll es sein auf Basis einer umfassenden Potenzialanalyse der derzeitigen Situation sowie der Klärung der Möglichkeiten und Rahmenbedingungen in Zusammenarbeit mit den ExpertInnen der Stadt Wien, in einem partizipativen Verfahren unter Einbeziehung aller BewohnerInnen, Gewerbetreibenden, SchülerInnen, relevante NutzerInnengruppen, uäm., neue Ideen und Konzepte in Bezug auf Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes in der Gumpendorfer Straße zu entwickeln.

Hier müssen vor allem Wünsche und Anregungen aller Beteiligten, sowie der Aspekt der Kindergarten- und Schulwegsicherung und der Verkehrssicherheit, die Gumpendorfer Straße als Einkaufsstraße und Nahversorger, der öffentliche Verkehr, die Berücksichtigung der angepeilten Klimamaßnahmen, sowie die Bedürfnisse der sozialen Einrichtungen vor Ort im gesamten Prozess eine wesentliche Rolle spielen. Eine professionelle partizipative Neubetrachtung ist somit erforderlich.

Anhang



Entwicklung Amerlinggrätzel

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2019 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 53) zu beauftragen unter Einbindung aller NutzerInnengruppen und Gewerbetreibenden, die partizipative Erarbeitung eines Nutzungs- und Gestaltungskonzept im gesamten Bereich des Amerlinggrätzels (Amerlingstraße – Chwallagasse – Schadekgasse – Kollergerngasse – Nelkengasse – Windmühlgasse – Fritz-Grünbaum-Platz) unter Einbeziehung des Bezirksvorstehers Markus Rumelhart und der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission, zu beauftragen.

Begründung

Die Verlegung der Route des 13A eröffnet für die genannten Bereiche neue Chancen und macht die Weiterentwicklung dieses Grätzels möglich und sinnvoll, insbesondere da eine umfangreiche Wiederherstellung der, durch den 13A in Mitleidenschaft gezogen Straßenzüge, jedenfalls notwendig ist.

Ziel soll es sein, unter Einbeziehung aller NutzerInnengruppen, AnrainerInnen sowie Gewerbetreibenden gemeinsam neue Ideen und Konzepte in Bezug auf Gestaltung und Nutzung zu entwickeln.

Der gesamte Bereich könnte dadurch eine wesentliche Aufwertung für alle NutzerInnengruppen erfahren und mit den, im 7. Bezirk geplanten Maßnahmen, eine neue bezirksübergreifende Achse entstehen lassen. Ein attraktives Gesamtbild rund um die Mariahilfer Straße und den wichtigen Esterhazypark zu schaffen, muss für ein innerstädtisches Gebiet mit sehr hohem Nutzerdruck oberste Priorität sein

Bauliche Wiederherstellung nach Routenänderung 13A ab dem Jahr 2020

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2019 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin Birgit Hebein zu ersuchen, dass die Wiederherstellungskosten (Rückbau und Sanierung) der Route 13A Gumpendorfer Straße, Windmühlgasse, Capistrangasse) aus dem Zentralbudget der Stadt Wien bedeckt werden.

Begründung

Im Bezirk Mariahilf wurde durch die Stadt Wien, aus zentraler Notwendigkeit im Jahr 2014, (aufgrund der Diskussion Mariahilfer Straße neu und der Linienführung 13A in der Begegnungszone), eine neue Route des 13A durch die Gumpendorfer Straße, Windmühlgasse und Capistrangasse zur Mariahilfer Straße verordnet. Zu dieser Routenführung gab es seitens des Bezirks keine Zustimmung!

Der Bezirk hat aber schon damals deutlich darauf hingewiesen, dass, so wie üblich, für diese neue Routenführung eine Ertüchtigung der jeweiligen Straßen notwendig wäre. Diese wurde bis dato nicht durchgeführt.

Weiters musste die damals baulich neue errichtete Bushaltestelle Barnabitingasse aus Sicherheitsgründen schon bald danach wieder geschlossen werden. Die (bis dato nur als Temporär bestätigte) Ersatzhaltestelle wurde in Folge auf die Gumpendorfer Straße verlegt. Dazu mussten Trennelemente auf die Gumpendorfer Straße platziert werden um die Vorfahrt des Busses zu gewährleisten. Ebenso wurde erst nachträglich, nach einem Unfall mit einem Fahrradfahrer an der Ecke Capistrangasse Mariahilfer Straße, eine Ampel errichtet.

> Schon nach nur 5 Jahren wurde uns nun von der MA28 Straßenbau mitgeteilt, dass die Windmühlgasse durch die Busbenutzung groben Schaden genommen hat!

Auf Nachfrage bei den zuständigen Magistratsabteilungen MA28 Straßenbau und MA33 Wien Leuchtet wurde uns als grobe Kostenschätzung des Rückbaus der Haltestellen und aller nicht mehr notwendigen Einrichtungen (wie z.B. der Ampel,...) samt der nun notwendigen Instandsetzung der kaputten Windmühlgasse ein Betrag von insgesamt € 350.000,-- (MA28 € 305.000,-- / MA 33 € 45.000,--) genannt, der von der Stadt Wien für das kommende Jahr 2020 auf keinem Konto berücksichtigt wurde! Da diese Straßen dem Bezirk zugehörig sind müsste der Bezirk diese dezentral auf seine Kosten sanieren und die jeweiligen Rückbauten vornehmen!

Da die, aufgrund der neuen Mariahilfer Straße, als zentrale Notwendigkeit verordnete Routenführung des 13A, gegen den Willen des Bezirks, beschlossen wurde und auch damals alle baulichen Änderungen über das Zentralbudget ohne mitwirken des Bezirks errichtet wurden, sieht es der Bezirk Mariahilf auch nicht in seiner Zuständigkeit für den Rückbau und die Sanierung aufzukommen. Es wird daher dringlichst ersucht sämtliche diesbezügliche Kosten aus den Zentralbudget zu tragen. Den Bezirk Mariahilf dürfen dadurch keine Kosten anfallen.

Garagenplatzoffensive für Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2019 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin Birgit Hebein zu ersuchen, für Mariahilf ein Maßnahmenpaket zu verabschieden, das, wie das Garagenpaket in Neubau, den Zugang zu leistbaren Garagenplätzen privater Anbieter erleichtert.

Begründung

In Anlehnung an das Konzept im 7. Bezirk würde es auch für Mariahilf – das ebenso vom U-Bahn Ausbau betroffen ist, eine deutliche Entlastung der Parkplatzsituation darstellen, wenn private Garagenplätze in höherem Ausmaß zu leistbaren Preisen für die Anrainer zur Verfügung stehen würden.

Insbesondere die Tatsache, dass im Garagenpaket des Bezirks Neubau nicht unerhebliche 6 (!) Standorte in unserem Bezirk Mariahilf nun für die BewohnerInnen des 7. Bezirks (!) zu vergünstigten Preisen angeboten werden, verlangen wir Gleichstellung und dass den Mariahilferinnen und Mariahilfer ein ebenso vergünstigter Zugang zu den ihnen örtlich nahen privaten Parkmöglichkeiten angeboten wird!

Verkehrsregelung Einkaufssamstage verlängern

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2019 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, durch die zuständigen Fachdienststellen der Stadt Wien (MA 46) überprüfen zu lassen, ob die, für die Mariahilfer Straße bestehende Verkehrsregelung für die 4 Einkaufssamstage, um einen weiteren Samstag – nämlich jenen zwischen Weihnachten und Silvester – verlängert werden kann.

Begründung

Für den Andrang an den Weihnachtseinkaufssamstagen hat sich die getroffene Verkehrsregelung mit der KFZ Sperre auf der Mariahilfer Straße sehr bewährt. Der Samstag nach Weihnachten lockt (Umtauschgeschäft) mittlerweile mindestens genauso viele, wenn nicht noch mehr Käufer in die Mariahilfer Straße. Auch sind zu dieser Zeit neben den Punschständen auch die Gelegenheitsmärkte „Silvesterstände“ zusätzlich bewilligt.

Die Verlängerung der Vorweihnachtsregelung wäre daher sinnvoll und mit wenig behördlichen Aufwand verbunden, da die Maßnahmen bereits verhandelt und beschieden wurden und lediglich ihre Gültigkeit um einen Samstag verlängert werden müsste.

Fehlende Baumscheibe Liniengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2019 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, durch die zuständigen Fachdienststellen der Stadt Wien (MA 28, MA 42) überprüfen zu lassen, ob eine Baumscheibe mit Baumpflanzung in der Liniengasse vor ONr. 45 möglich ist.

Begründung

Die Liniengasse weist auf Seite der ungeraden Ordnungsnummern eine fortlaufende Bepflanzung in der Parkspur auf. Vor ONr 45 wurde, aufgrund ehemals bestehender Ausfahrten, die Bepflanzung unterbrochen. Durch Veränderungen der örtlichen Gegebenheiten ist nun Platz entstanden diese fehlende Baumscheibe zu errichten.